

J. W. BRÜGEL

Ein Blick in andere Lager

Weltgewerkschaftsbund und Christliche Gewerkschaftsinternationale

Das Stattfinden des ersten IBFG-Kongresses auf deutschem Boden legt die Frage nach den anderen internationalen gewerkschaftlichen Zusammenschlüssen nahe, die es in der Welt gibt. Wie stehen die Dinge beim kommunistisch dirigierten Weltgewerkschaftsbund, und wie rechtfertigt der Internationale Bund Christlicher Gewerkschaften seine selbständige Existenz neben dem IBFG, der wiederholt seine Bereitschaft bekundet hat, sowohl Einzelgewerkschaften als auch Landeszentralen christlicher Richtung bei sich aufzunehmen, ohne eine Aufgabe ihrer Identität zu verlangen?

I

Die Geschichte des Weltgewerkschaftsbundes kann als bekannt vorausgesetzt werden: Gegründet in einer bestimmten weltpolitischen Situation als ein Versuch, die durch Hitler und niemanden anderen geschaffene Weltfront Washington-London-Paris-Moskau in die gewerkschaftliche Sphäre zu übertragen, mußte sich die Lebensunfähigkeit dieser Konstruktion in dem Augenblick herausstellen, in dem die Moskauer Intransigenz auf politischem Gebiet alle Zweifel erfahrener Gewerkschaftsfunktionäre in die Möglichkeiten einer echten Zusammenarbeit zwischen West und Ost bestätigte. Es kam zu dem unausweichlichen Schritt der Liquidierung eines Organismus, der in der ursprünglichen Form aktionsunfähig war, weil die demokratischen Gewerkschaftsorganisationen es ablehnen mußten, zu aktiven oder mindestens passiven Helfern des kommunistischen Totalitarismus herabzusinken. Dem Exodus der freigewerkschaftlichen Landeszentralen aus dem Weltgewerkschaftsbund (WGB) folgte die Gründung des IBFG. Der WGB war nun nichts mehr als ein Werkzeug des internationalen Kommunismus Moskauer Observanz, das alle taktischen Wendungen — z. B. in der Auseinandersetzung Moskau — Belgrad — mitmachte, und dies ungeachtet des Umstandes, daß weder in den kommunistisch regierten Ländern noch auch in den anderen, in denen der WGB Mitgliedsverbände hat, der Kommunismus das nachweisbar echte Credo wenigstens der Mehrheit der Mitgliedschaft ist.

Nach mehrjähriger Pause fand in der ersten Dezemberhälfte 1961 in Moskau der fünfte Kongreß des WGB statt. Es ist bezeichnend für den rein politisch-propagan-

distischen Charakter dieser Tagung, daß ihr keine genauen Mitgliedszahlen vorgelegt wurden und daß man auch der Öffentlichkeit gegenüber ganz vage Angaben machte, mit denen niemand etwas anfangen kann. 958 Delegierte, Beobachter und Gäste hätten an dem Moskauer Kongreß teilgenommen, sie wären aus 97 verschiedenen Ländern gekommen und hätten fast 143 Millionen Arbeiter im Wege von Landeszentralen, Einzelverbänden oder örtlichen Gruppen vertreten, von denen gleichzeitig zugegeben wird, daß sie nicht alle dem WGB angehören. Es bedarf keiner langen Beweisführung, daß solche Angaben jeder Seriosität entbehren und überhaupt niemanden beeindrucken können. Wahrscheinlich sind z. B. in den 143 Millionen die 1,6 Millionen Mitglieder des österreichischen Gewerkschaftsbundes enthalten, weil sie in Moskau durch einen österreichischen Kommunisten „vertreten“ waren, ohne daß die meisten davon irgend etwas wußten, geschweige denn, daß sie es gebilligt hätten. Die einzige konkretere Zahl über angeschlossene Mitglieder, die bekanntgegeben wurde, beträgt rund 120 Millionen, aufgeteilt auf 79 Landeszentralen. Das sei um 36 Millionen mehr als am letzten Kongreß in Leipzig 1957. Aber auf einer Konferenz im September 1961 war noch von einer Gesamtmitgliedschaft von 107 Millionen die Rede gewesen. Eine Erklärung für die auffallende Differenz zwischen September und Dezember 1961 wurde nie gegeben. Dabei stellen nach kommunistischen Angaben den Löwenanteil der Mitgliedschaft die von Kommunisten beherrschten Länder, nämlich nicht weniger als 97 Millionen. Diese Zahlen entziehen sich nicht nur jeder Kontrolle. Sie bedeuten wenig, selbst wenn sie echt sind, weil es ja im kommunistischen Machtbereich keine Möglichkeit gibt, einen verlangten Beitritt zu verweigern. Mit diesen Vorbehalten ergibt sich folgendes Bild aus dem kommunistischen Machtbereich:

Sowjetunion.....	56 500 000 Mitglieder
China	16 000 000 Mitglieder
Kommunistische Satelliten in Europa einschließlich Albanien.....	23 000 000 Mitglieder
Nordkorea, Nordvietnam, Mongolei	2 000 000 Mitglieder
	97 500 000 Mitglieder

Für das nichtkommunistische Europa wurden 5 350 000 Mitglieder ausgewiesen. Das ist nahezu ausschließlich auf das Konto der französischen CGT und der italienischen CGIL zu schreiben, und da weiß jeder Kenner, daß diese beiden Zentralen mit überhöhten Zahlen operieren. Ähnliches gilt für die Angaben für Asien, das mit den dem WGB angeschlossenen Organisationen in Indonesien und Indien 3 650 000 Mitglieder stellen soll, was etwa das Doppelte des wahren Standes sein dürfte. Ähnlich kann man die für Afrika angegebene Mitgliedszahl von 70 000 einschätzen. Auf Afrika richten sich aus Gründen, die man nicht erst auseinandersetzen muß, gegenwärtig die Hauptanstrengungen des WGB. Trotz der Energie, mit der sich der sudanesischer WGB-Sekretär *Ibrahim Zakaria* dieser Aufgabe widmet, scheinen die Erfolge aber bescheiden zu sein. Obwohl Vertreter von 23 Ländern Afrikas in Moskau zu Wort kamen, scheint der WGB in diesem Erdteil Mitgliedsorganisationen nur in Madagaskar, Kamerun und Mauritius (im Vorjahr neu aufgenommen) zu haben. Aber die Devise scheint zu sein, wenn man schon selbst in Afrika verhältnismäßig wenig erzielen kann, andere an dem Aufbau einer schlagkräftigen, in internationaler Verbindung stehenden Gewerkschaftsbewegung möglichst zu hindern.

War der Moskauer WGB-Kongreß wieder eine jener berühmten Paraden der „monolithischen Einheit“ der kommunistischen und getarnt-kommunistischen Bewegung? Überflüssig zu betonen, daß es keine echte Diskussion, keine Erörterung z. B. eines Kassenberichtes gab und daß lauter „einstimmige“ Beschlüsse gefaßt wurden. Es gab alles, einschließlich einer der zahllosen Reden *Nikita Chruschtschows*, was es bei einer solchen Tagung nach dem Reglement zu geben hat. Fast völlig im alten, keinen Änderungen der letzten Jahre beeinflussten Stil fiel der Rechenschaftsbericht des General-

Sekretärs *Louis Saillant* aus, der dieses Amt seit 1945 versieht, als der WGB in Paris begann, bis ihn ein Ausweisungsbefehl zunächst in den damaligen Sowjetsektor Wiens und dann nach Prag zwang. Saillants Referat ritt die Schwarzweißmalerei zu Tode. Während es in den kommunistisch regierten Staaten nichts als sozialen Fortschritt und glückliche Menschen gibt, die sich darüber freuen, am Aufbau mitzuarbeiten, bietet das Leben in den übrigen Ländern dem Arbeiter überhaupt keinen positiven Aspekt. Er ist entweder arbeitslos oder fürchtet, es zu werden. Er ist ständigen und erfolgreichen Bemühungen der Unternehmer ausgesetzt, die Löhne zu senken. Die ohnehin kargen Gewerkschaftsrechte werden dauernd beschnitten, die Vorkehrungen für soziale Sicherheit sind völlig unzureichend.

Das war tatsächlich das Bild, das Saillant von den Verhältnissen außerhalb des kommunistischen Herrschaftsbereiches malte, wobei er nach uraltem Schema nicht hinzuzufügen vergaß, daß diesem Elend durch eine von den Arbeitern aller Richtungen gewünschte Einheitsfront gesteuert werden könnte, die aber von den „rechten IBFG-Führern“ sabotiert werde. Diese Karikatur der Wirklichkeit wurde allen Ernstes erwachsenen Menschen in Moskau vorgesetzt. Nicht einmal als Nebenprodukt der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wollte Saillant die Möglichkeit einer Erhöhung des Lebensniveaus in Westeuropa zulassen; für ihn ist der einzige Zweck der EWG die Festigung der Macht der Kapitalisten, wobei die deutschen Monopolisten am besten wegkommen sollen. Er hütete sich aber, diese Kritik auch nur in die praktische Tat einer nichtssagenden Resolution umzusetzen, der nicht einmal die französischen und italienischen Mitgliedsorganisationen hätten zustimmen können.

Blieb der WGB von den inneren Auseinandersetzungen im kommunistischen Lager unberührt, die kurz vorher, auf dem 22. Parteitag der KPdSU, so dramatischen Ausdruck gefunden hatten? Wir meinen da nicht so sehr den nie ernstlich beigelegten Konflikt mit Jugoslawien als die Kritik, die Chruschtschow vertretungsweise an den albanischen Kommunisten übt, wenn er die chinesischen meint. Die jugoslawische Gewerkschaftszentrale war zur Zeit des offenen Kampfes zwischen Moskau und dem angeblichen Faschisten *Tito* von der WGB-Mitgliedschaft gegen ihren Protest suspendiert worden. Eine Zeitlang tauchten nicht näher bezeichnete stalinistische Emigranten aus Jugoslawien als beglaubigte Vertreter ihres Landes auf. Das hat sich nach 1955 geändert. Jetzt erscheinen die regierungsoffiziellen Jugoslawen als Beobachter beim WGB; sie legen sowohl Wert auf Anwesenheit als auch darauf, sich bei dieser Gelegenheit vom WGB zu distanzieren. In Moskau betonte der jugoslawische Sprecher *Svetozar Vukmanovic-Tempo* das Beharren auf Unabhängigkeit. Nach seiner Rückkehr nach Belgrad beklagte er sich, daß man ihn offiziell ignoriert habe.

Hingegen scheint es gelungen zu sein, den Konflikt Moskaus mit Peking, bzw. Tirana, für den Augenblick zu übertünchen. Man vermied die sonst obligaten Verurteilungen der albanischen „Abweichler“, wohl, weil in diesem Falle die Chinesen demonstrativ abgereist wären. China erhielt fünf Sitze im Generalrat, ebensoviel wie die Sowjetunion, und zwei im Vorstand. Albanien ist weiter Mitglied des Generalrats und behält den Sitz eines stellvertretenden Mitglieds der Exekutive. Der Rede, die der albanische Delegierte hielt, wurde allerdings nur ein Mindestmaß an Publizität gegeben.

Doch es gibt im WGB innere Konflikte, die sich mehr aus den Schwierigkeiten ergeben, in demokratischen Ländern eine stur-negative Haltung einzunehmen. Praktisch läßt sich das ohnehin kaum durchführen, aber in der dem WGB angeschlossenen italienischen Zentrale, der auch viele Anhänger der Partei *Nennis* angehören, hat man das Auseinanderklaffen von Theorie und Praxis schon lange als störend, ja geradezu unerträglich empfunden. Es hängt natürlich auch mit der wachsenden Loslösung *Nennis*

von den Kommunisten zusammen, daß sich die CGIL-Sprecher in Moskau zu Wortführern einer nicht zu übersehenden Opposition machten. Groteskerweise war es der WGB-Präsident selbst, der CGIL-Generalsekretär *Agostino Novella*, der sich am entschiedensten kritisch äußerte. Man dürfe nicht automatisch Schlagworte von einem Land auf ein anderes übertragen und müsse bei der Aufstellung von Programmen die natürlichen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Verschiedenheiten berücksichtigen, die zwischen den einzelnen Ländern herrschen. Auch die papageienhafte Wiederholung alter Schlagworte über Kriegshetze und Friedensliebe wurde von Novella abgelehnt. Er hat damit nur Dinge ausgesprochen, die jedem der gesunde Menschenverstand eingeben müßte, dem aber bisher im WGB nicht Tribut gezollt werden durfte. Ob die Kritik Novellas und seines Stellvertreters *Santi* nun eine wahre Flucht in die Öffentlichkeit darstellt oder bloß ein angesichts der tatsächlichen Lage unbedingt zu duldenes Ventil — sie ist in jedem Fall als ein Novum höchst bemerkenswert, wenn man sich auch hüten sollte, allzu weit gehende Schlüsse daraus zu ziehen. Novella wurde übrigens nicht als Präsident wiedergewählt, sondern durch den verhältnismäßig wenig bekannten Italiener *Renato Bitossi* ersetzt. Das kann, aber muß nicht damit zusammenhängen, daß Novella seine Eröffnungsrede als Präsident zum Aussprechen seiner kritischen Bemerkungen verwendet hat. Sei dem wie immer, der Kampf um die Seele der arbeitenden Menschen hat sich in den letzten Jahren von Europa vielfach nach den Entwicklungsländern verlagert; hier wie dort bleibt der WGB unverändert der Feind alles dessen, was die freie Gewerkschaftsbewegung anstrebt.

II

Wie steht es nun mit dem Internationalen Bund Christlicher Gewerkschaften (IBCG)? Er hat seinerzeit die Aufforderung des neugegründeten IBFG zum organisatorischen Anschluß ohne Aufgabe der Identität der christlich orientierten Verbände ignoriert und seine selbständige Existenz fortgesetzt, ja deren Basis noch verbreitert. Aber im stärksten Mitgliedsverband, dem französischen, ist eine starke Minderheit dem organisatorischen Zusammenschluß aller echten Gewerkschaften gewogen, und der kanadsche (fast nur Franzosen erfassende) Mitgliedsverband des IBCG, der einzige auf dem nordamerikanischen Kontinent, verhandelt schon seit langer Zeit mit der freigewerkschaftlichen Landeszentrale Kanadas um die Modalitäten eines Anschlusses.

Auch im Falle des (1920 gegründeten) IBCG, der seinen Sitz in Brüssel hat, gibt es keine verlässlichen Angaben über die Mitgliedszahl. Eine Statistik spricht von einer Gesamtmitgliedszahl von 4,9 Millionen in 35 verschiedenen Ländern ohne Aufschlüsselung; eine andere nennt 48 Länder — der Zuwachs erklärt sich mit den staatlichen Neubildungen in Afrika. Überdies sind elf Berufsinternationalen auf christlicher Grundlage tätig. Der IBCG behauptet auch, eine Reihe von Mitgliedsorganisationen in Lateinamerika zu haben; zumindest in einigen Fällen scheint es sich aber nicht um Zusammenfassungen arbeitender Menschen zur Verteidigung ihrer Interessen, sondern einfach um Jugendorganisationen zu handeln, die christliches Gedankengut pflegen. Ähnliche Zweifel sind wohl auch in bezug auf die angegebenen Organisationen in Asien (Südvietnam und Indonesien) gestattet.

Anders stehen die Dinge im französischsprachigen Afrika. Dort hat der IBCG aus der französischen, bzw. belgischen Kolonialzeit her Organisationen, die Gründungen der französischen, bzw. belgischen christlichen Landeszentralen sind und sich inzwischen selbständig gemacht haben. Auch hier fehlen genaue Zahlenangaben. Am letzten IBCG-Kongreß (Paris, Juni 1961) sollen 18 afrikanische Länder vertreten gewesen sein. Auf der Gesamtafrikanischen Gewerkschaftskonferenz in Dakar im Januar 1962 waren neben IBFG-Verbänden und unabhängigen Organisationen auch zehn dem

IBCG angeschlossene Gewerkschaften vertreten. Hierbei ergab sich eine klaglose Zusammenarbeit.

Noch immer ist Europa die Hauptstütze des IBCG, der für diesen Weltteil 1960 auf einer in Bonn abgehaltenen Konferenz eine eigene Regionalorganisation geschaffen hat. In Frankreich, Belgien und den Niederlanden gibt es starke christliche Landeszentralen, im letztgenannten Land je eine katholische und eine protestantische. Eine ähnliche Zweiteilung besteht auch in der Schweiz. Versuche, mit christlichen Organisationen in Italien Fuß zu fassen, haben zu einem ebenso geringen Erfolg geführt wie in der Bundesrepublik. Vom freigewerkschaftlichen Standpunkt aus gesehen, gehören die Forderungen der Bestrebungen zur Aufspaltung der bestehenden Einheitsorganisation namentlich in der Bundesrepublik durch den IBCG zu den Minuspunkten. In Österreich hat es nach dem Krieg ähnliche Bemühungen nicht gegeben. Die „christliche Fraktion“ innerhalb des Österreichischen Gewerkschaftsbundes ist mit etwa 110 000 Mitgliedern dem IBCG direkt angeschlossen. Zu den Pluspunkten gehört die schon erwähnte Zusammenarbeit in Afrika, eine verhältnismäßig reibungslose Kooperation in den verschiedenen europäischen Institutionen, und vor allem die erfreuliche Tatsache des gemeinsamen Widerstandes gegen das Franco-Regime in Spanien, der mit der Herausgabe einer gemeinsamen Erklärung Ende 1960 begann und zur Einsetzung eines gemeinsamen Spanien-Ausschusses führte.

Nichtsdestoweniger wird es dem IBCG immer schwerer, eine halbwegs zureichende Begründung für seine Sonderexistenz zu finden. Auf dem letzten IBCG-Kongreß hat der Generalsekretär *Auguste Vanistendaal* die ganze Problematik ans Licht der Öffentlichkeit gebracht, als er sagte, es gäbe innerhalb der Organisation drei verschiedene Auffassungen. Die erste, die man die traditionell christliche nennen kann, hält an den alten Auffassungen fest. Daneben macht sich als zweite Tendenz die unter den gegebenen Verhältnissen geradezu unvermeidliche Konzession bemerkbar, daß sich die Mitgliedsverbände in Afrika nicht „christlich“, sondern „gläubig“ nennen. Eine dritte Auffassung, die sich auf die Mitgliedschaft stützen soll, auf die weder die eine noch die andere Bezeichnung zutrifft, tritt für die Abstreifung aller dieser einschränkenden Bezeichnungen ein. Vorläufig will man sich damit behelfen, daß man für Europa an der Bezeichnung „christlich“ festhält und für das französischsprachige Afrika den Ausdruck „gläubig“ verwendet (das englischsprachige Afrika hat sich so wenig wie ein anderes englischsprachiges Land mit dem Fragenkomplex auseinandersetzen müssen). Solch ein Kompromiß mag heute noch gangbar sein. Aber wenn der IBCG weiter in die Entwicklungsländer vorstoßen und dort Arbeiter organisieren will, auf die sich nicht einmal die sehr weitmaschige Bezeichnung „gläubig“ anwenden läßt, wird er sich wohl selbst früher oder später die Frage stellen müssen, was von dem ursprünglichen Konzept eigentlich übriggeblieben ist außer einer äußeren Form.

Gegen die Verhaftung spanischer Arbeiter,

die sich an den großen Streiks der letzten Monate beteiligt hatten, protestierte der Deutsche Gewerkschaftsbund erneut aufs schärfste in einem Schreiben an den spanischen Botschafter in der Bundesrepublik.

Zur Unterstützung spanischer Arbeitnehmer,

die durch den Streik in Not geraten sind, hatten der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften bis zum 12. Juni 1962 bereits rund 250 000 D-Mark zur Verfügung gestellt.